

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1931**

4.3.1931 (No. 53)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karl-Friedrich-  
Straße Nr. 14  
Fernsprecher  
Nr. 953  
und 954  
Postfach  
Karlsruhe  
Nr. 3515

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsanzeiger:  
Chefredakteur  
G. M e n d,  
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einchl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antizipale Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Anzeigerhebung, Anzeigerücknahme und Anzeigerücknahme ist der Anzeiger zu bezeichnen, hat der Anzeiger keine Anzeigerücknahme, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unberlangte Drucksaften und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralanzeiger für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

### Das Flottenabkommen

#### Einzelheiten über die französisch-italienischen Vereinbarungen

W.D. Paris, 4. März. (Tel.) „Journal“ veröffentlicht eine Statistik der vermutlichen Ziffern des französisch-italienischen Flottenabkommens, ohne sagen zu können, daß die genannten Zahlen unbedingt mit den noch geheim gehaltenen entgeltlichen Zahlen übereinstimmen. Nach der Veröffentlichung würde Frankreich 83 000 Tonnen Unterseeboote, Italien 52 000 Tonnen erhalten. — Kriegsschiffe: Frankreich 155 000 Tonnen, Italien 112 000 Tonnen. — Torpedobootzerstörer: Frankreich 72 000 Tonnen, Italien 25 000 Tonnen. — Torpedoboote: Frankreich 38 000 Tonnen, Italien 44 000 Tonnen. — 10 000-Tonnen-Kreuzer: Frankreich 70 000 Tonnen, Italien 70 000 Tonnen. Es ergibt sich also eine Tonnageüberlegenheit Frankreichs von 140 000 Tonnen. Das Flottenabkommen Frankreich-Italien würde, wenn die angeführten Ziffern der Wirklichkeit entsprächen, für Frankreich ausgesprochen günstig sein.

### Zustimmung des Großen faschistischen Rates

W.D. Rom, 4. März. (Tel.) In der gestrigen Sitzung des faschistischen Großen Rates erlaubte der Minister des Äußeren, Grandi, einen ausführlichen Bericht über das neue Flottenabkommen. Nachdem Mussolini auf die wesentlichen Bestimmungen und die Bedeutung des Abkommens hingewiesen hatte, nahm der Große Rat eine Tagesordnung an, welche die Bedingungen des Flottenabkommens unter allen Gesichtspunkten befriedigend nennt, und den italienischen Staatsmännern die Anerkennung ausdrückt.

### Die „Erfas-Preußen“ das Schreckgespenst für Frankreich

Der Marinekorrespondent des „Daily Telegraph“ sagt zu der Dreimächtevereinbarung u. a.: Bedauerlicherweise bleibe noch immer eine dritte Größe vorhanden in Gestalt der deutschen „Erfas-Preußen“, die am 31. Mai von Stapel laufen soll und deren Erscheinung zum mindesten teilweise für das große französische Bauprogramm bedauerlicherweise gewesen ist. Solange dieses Fahrzeug und wahrscheinlich noch weitere seiner Klasse, unter der deutschen Flagge auf der Weltbühne sind, wird Frankreich um die Unverletzlichkeit seiner Verbindungslinien besorgt bleiben, und die französische öffentliche Meinung wird bestimmt Gegenmaßnahmen verlangen. Hieraus ergibt sich, daß es sich bei dieser Frage nicht nur um eine zwischen Paris und Rom allein schwebende Sache handelt.

### Curtius in Wien

#### Ansprachen von Schöber und Curtius

Der deutsche Reichsaussenminister Dr. Curtius und Staatssekretär Dr. Fänder in Vertretung des Reichskanzlers sind, wie gemeldet, am Dienstagvormittag zu ihrem dreitägigen Besuch in Wien eingetroffen. Mittags empfing Bundespräsident Miklas den deutschen Außenminister. Später machten Dr. Curtius und Staatssekretär Dr. Fänder dem Bundeskanzler Dr. Ender ihren Besuch und dann dem Vizekanzler Dr. Schöber. Hier wurde in einer eingehenden Aussprache die allgemeine Lage erörtert.

Bei einem Festessen, das der Bundeskanzler Dr. Ender am Dienstagabend gab, hielt Außenminister Dr. Schöber eine Rede, in der er das deutsche Wesen Österreichs besonders unterstrich. Schöber sprach die Hoffnung aus auf gemeinsame befriedigende Lösung der Fragen, die allein die Völkerverständigung der Wirtschaftsentwicklung herbeiführen könne. Er erwähnte schließlich die Angleichungsarbeiten auf dem Gebiete des Handels, des Rechts, der Kultur und der Kunst und die Gemeinschaftsarbeit bei der Neugestaltung der Weltpolitik.

Außenminister Dr. Curtius antwortete: Ich bin Dolmetscher aller Deutschen im Reich, wenn ich erwidere, daß wir uns stammesmäßig mit Ihnen fühlen, seit unserem Zusammenbruch in den Zeiten der großen deutschen Not stärker als je zuvor und daß wir den festen Willen haben, unsere Gemeinschaft immer weiter zu vertiefen. Die Gemeinsamkeit unserer Geschichte und unseres Schicksals, der Grundkräfte und Ideale unseres Volkes, die Gemeinsamkeit der Ziele und Wege der deutschen Staatsmänner drängen immer stärker zur Gestaltung. Zum Schluß unterstrich der Reichsaussenminister den festen Willen Deutschlands, zur Verfolgung einer Politik des Friedens.

### Wiener Pressestimmen zu den Trinksprüchen

W.D. Wien, 4. März. (Tel.) Die Blätter haben in ihren ausführlichen Berichten über den bisherigen Verlauf des Besuchs der deutschen Staatsmänner die außerordentliche Herzlichkeit hervor, der die deutschen Gäste allenthalben begegnet. Die Trinksprüche, die gestern abend gewechselt wurden, finden in der Presse ein äußerst sympathisches Echo.

Die „Reichspost“ schreibt, niemand könne das Bekenntnis zum Frieden überhören oder mißdeuten. Aber man dürfe auch nicht an dem Bekenntnis der Gerechtigkeit und zur Gleichberechtigung vorbeigehen. Es gebe in Europa sehr einflussreiche politische Faktoren, die unter dem Worte „Frieden“ nichts anderes verstanden als die Sicherung ihrer Kriegsgewinne und der sonstigen Vorteile bringenden Ungerechtigkeiten der Verträge.

### Bevorstehende Auflösung des türkischen Parlaments

W.D. Konstantinopel, 4. März. (Tel.) Der Präsident der Republik teilte in einer Versammlung der Volkspartei mit, er habe beschlossen, das Parlament aufzulösen und unverzüglich Neuwahlen abhalten zu lassen. Die Tagesblätter der Abgeordneten des neuen Parlamentes sollen von jährlich 500 auf 300 türkische Pfunde herabgesetzt werden.

### Letzte Nachrichten

#### Heute Wirth-Rede

#### Die Haltung der Sozialdemokratie

W.D. Berlin, 4. März. (Tel.) Da die gestrige Reichstagsitzung vollständig mit der Erledigung der Abstimmungen zum Ernährungsset und der Beratung der Gefrierfleischfrage ausgefüllt worden ist, kam man erst heute zur Fortsetzung der Aussprache über die innere Politik. Minister Dr. Wirth wird heute Gelegenheit nehmen, sich ausführlich zu allen Fragen seines Ressorts zu äußern.

Das Hauptinteresse ist in parlamentarischen Kreisen gegenwärtig auf die Haltung der Sozialdemokratie gerichtet. Von einer Verständigung mit den Sozialdemokraten hängt letzten Endes die parlamentarische Erledigung des Etats ab. Ebenso sicher ist aber, daß die Regierung namentlich in der Steuerfrage nicht nachgeben kann, schon mit Rücksicht auf die anderen Parteien. Die Verhandlungen mit der Regierung werden sicher noch einige Tage dauern. Die Sozialdemokraten haben eine neue Fraktionsführung noch nicht anberaumt.

Der Haushaltsausschuß will heute die Beratung des Haushaltes des Arbeitsministeriums mit Hilfe einer Abend-sitzung zu Ende führen, um dann morgen zum Wehretat überzugehen. Entscheidungen im Ausschuß sind frühestens am Samstag zu erwarten. Bis dahin wird man nach Möglichkeit eine Lösung finden müssen.

#### Diplomatenbesuch auf der Leipziger Messe

W.D. Leipzig, 4. März. (Tel.) Zum Besuch der Messe sind zahlreiche Mitglieder des Berliner Diplomatischen Korps in Leipzig eingetroffen, u. a. der türkische Botschafter Kemal eddin Sami Pascha, der Botschafter der Vereinigten Staaten von Nordamerika, Sattler, der russische Botschafter Ghintshut, der norwegische Gesandte Schjöl, der litauische Gesandte Sibzikas, der dänische Gesandte Zahl, ferner die Gesandten von Griechenland, Argentinien, Peru, Afghanistan und Persien, sowie der Geschäftsträger von Finnland und zahlreiche Konsuln und Handelsattachés.

Im Alten Rathaus fand heute vormittag ein Empfang zu Ehren der Gäste statt, bei dem der Vorsitzende des Direktoriums des Messenamts, Dr. Köhler, die Begrüßungsansprache hielt. Für Deutschland stelle die Leipziger Messe den Hauptexportmarkt für Fertigwaren dar. Deutschland könne auf die Dauer Reparationszahlungen nur leisten, wenn die anderen Länder, insbesondere die Rohstoffländer, ihm seine Fertigwaren abkaufen. Sonst bleibe Deutschland nur übrig, seine Einfuhr zu droffeln.

Im Namen der Gäste antwortete der türkische Botschafter, der zunächst darauf hinwies, daß die im Jahre 1929 eingetretene und noch heute herrschende Weltwirtschaftskrise viel größere Leiden hervorgerufen habe, als der Weltkrieg. Die Kräftigung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen sei das beste Mittel, die Völker einander näherzubringen. Er wünschte der Leipziger Messe Erfolg und dem deutschen Volk, das die schwersten Schicksalschläge durch unermüdete Arbeit und angeborene Ordnungsliebe überwunden habe, Glück und Gedeihen.

Anschließend besichtigten die Diplomaten die Messehäuser der inneren Stadt.

#### Keine Vertretung des Reiches in München mehr

W.D. Berlin, 4. März. (Priv.-Tel.) In dem soeben dem Reichstag zugegangenen Ergänzungset für 1931 wird mitgeteilt, daß die Reichsregierung beschlossen hat, den bei der zweiten Beratung des Haushaltsplanes 1930 gefassten Beschluß des Reichstages, die Vertretung der Reichsregierung in München künftig wegzulassen, mit Ablauf des Rechnungsjahres 1930 zu verwirklichen. Der Vertreter der Reichsregierung, der frühere Staatssekretär von Sautel, wird in den einwohlerreichen Ruhestand versetzt werden.

#### Einigung in der Salzfrage in Indien

#### Beendigung des zivilen Ungehorsams

W.D. Neu-Delhi, 4. März. (Tel.) Wie amtlich bestätigt wird, wurde zwischen Gandhi und dem Staatskanzler George S. A. eine endgültige Einigung in der Frage des Salzmonopols erzielt.

Die Tatsache hat in den Kongreßkreisen große Befriedigung hervorgerufen. Der Vollzugsausschuß der Partei wird in seiner heutigen Nachmittagsitzung das Abkommen endgültig annehmen und daraus die notwendigen Schlüsse ziehen, das heißt, der Bewegung des zivilen Ungehorsams ein Ende machen. Die Unterzeichnung des Abkommens wird heute nachmittag stattfinden. Der Vollzugsausschuß wird dem Vizekönig seine Anerkennung für die geleisteten Dienste aussprechen und in dieser Weise die Bande zwischen Großbritannien und Indien festigen.

Der neue Präsident des Direktoriums der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte, Griefmeyer, hat am Montagvormittag seine Dienstgeschäfte übernommen.

### \*Der Streit

#### um den Panzerkreuzer

Die Möglichkeit, die wir gestern an dieser Stelle andeuteten, daß es jetzt nach dem Ausfall der Gemeinderatswahl in Braunschweig zu Schwierigkeiten im Reichstag kommen könne, ist jüngerer Tatsache geworden, als mancher dachte. Und zwar handelt es sich dabei um den Bau des Panzerschiffes B.

Die betreffende Bausrate hat bekanntlich schon in den Beratungen des Kabinetts Müller eine Rolle gespielt. Man hat damals beschlossen, sie erst in den Etat für 1931 einzufügen. Das ist geschehen. Und selbstverständlich treten sowohl der Reichswehrminister, wie der Reichskanzler mit aller Entschiedenheit dafür ein, daß diese Bausrate vom Reichstag bewilligt wird. Wir bleiben ja mit unserem Marinebauprogramm ohnehin hinter dem zurück, was wir nach den Bestimmungen des Friedensvertrages bauen könnten. Nach dem Friedensvertrag stehen uns sechs Panzerschiffe zu. Das Bauprogramm sieht lediglich vier bis fünf vor. Daß wir diese Panzerkreuzer im Hinblick auf die isolierte und bedrohte Lage Ostpreußens benötigen, weiß man auch in den Kreisen der Sozialdemokratie.

Es haben nun gestern Verhandlungen zwischen der Sozialdemokratie und dem Reichskanzler stattgefunden. Dabei wurden auch hervorragende Persönlichkeiten der preussischen Landtagsfraktion des Zentrums in den Kreisen der Besprechungen gezogen. Und ferner fand eine Unterredung zwischen dem Reichskanzler und dem preussischen Ministerpräsidenten Braun statt. Wie gemeldet wird, hat Dr. Brüning den sozialdemokratischen Führern bedeutet, daß sie im Falle einer Ablehnung der Panzerschiffbausrate oder sonstiger wichtiger Teile des Etats den Rücktritt des Kabinetts und die Auflösung der bisherigen Koalition in Preußen mit sofortigen Neuwahlen gebärigen müßten. Unter dem Eindruck dieser Erklärungen sollen die Vertreter der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion eine Änderung ihrer Auffassung zugefagt haben, unter der Voraussetzung, daß man ihnen ganz bestimmte Zugeständnisse auf sozialpolitischem Gebiet gewähre.

Diese sozialdemokratischen Gegenforderungen enthalten folgende drei Punkte: Steuerzuschläge für die höheren Einkommen und Vermögen, Einstellung der Lohnabbau-politik, und schließlich eine bindende Erklärung, daß an dem gegenwärtigen Stand der Sozialversicherung, also auch der Arbeitslosenversicherung, unter keinen Umständen etwas geändert werde. Daß die Reichsregierung, ohne ihre ganze bisherige Politik zu verleugnen, diesen Forderungen nicht nachkommen kann, ist klar. Und auch darüber hat der Reichskanzler den Führern der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion keinen Zweifel gelassen. Wie gemeldet wird, geben die Verhandlungen weiter, und man hofft immer noch, sich bis zum Donnerstag einigen zu können, da an diesem Tage die Beratung des Wehretats im Hauptausschuß vorgezogen ist.

Die kriegenhafte Stimmung, die gestern im Reichstag herrschte, hat noch durch zwei Abstimmungen im Plenum besondere Nahrung gefunden. Sozialdemokraten und Kommunisten haben eine Änderung zum Brotgesetz durchgedrückt, nach welcher dieses Gesetz eigentlich überflüssig wird. Und die beiden Parteien haben dann ferner im Bunde mit der Staatspartei und mit einigen Abgeordneten des Zentrums einen Gesetzentwurf betr. die zollfreie Einfuhr von 50 000 Tonnen Gefrierfleisch pro Jahr zur Annahme verholten. Der Reichsernährungsminister hatte vorher dringend vor der Annahme dieses Gesetzentwurfes gewarnt.

Es wird jetzt Sache des Reichsrats sein, den Beschluß des Reichstages zu korrigieren. Reht der Reichsrat den Beschluß ab, dann müßte er in einer neuen Beratung im Reichstag mit Zweidrittelmehrheit angenommen werden, um Gesetzeskraft zu erlangen.

Zedenfalls hat der gestrige Tag gezeigt, daß die Sozialdemokraten unter Umständen sich nicht scheuen, auch gegen das Kabinett zu stimmen. Da sie mit den Kommunisten zusammen nach dem Auszug der Deutschnationalen und Nationalsozialisten über die Mehrheit verfügen, können sie sich gelegentlich eine solche Politik leisten. Sie riskieren damit allerdings den Ausbruch einer Kabinettkrise, deren Folge ja wohl nur die Etablierung einer Rechtsregierung im Reich und in Preußen sein könnte.

## Reich und Länder

### Eine föderalistische Entschliebung der Deutschenationalen

Die Deutsche nationale Volkspartei hat in einer in Berlin abgehaltenen Bundestagung eine Entschliebung angenommen, in der es heißt:

„Die Wahrung des bundesstaatlichen Charakters des Reichsaufbaues ist eine der wichtigsten Aufgaben deutschnationaler Politik, die gegen alle zentralistischen Bestrebungen Front zu machen hat. Im gegenwärtigen Zeitpunkt ist jeder Versuch weiterer Einschränkung der Länderrechte unbedingt abzulehnen, im besonderen die sogenannte Verreichlichung der Justiz und die Ausdehnung der Reichszuständigkeit auf kommunalpolitische Angelegenheiten. Die finanzielle Lebensfähigkeit der Länder und der Gemeinden muß verteidigt werden.“

Der württembergische Finanzminister Dr. Dehlinger sprach über die Finanzlage des Reiches und der Länder. Die Entwicklung des Finanzwesens in der Richtung zum Einheitsstaat verfolge die Tendenz, auf dem Wege der Herrschaft über die gesamten Finanzquellen, die Staatshoheit der Länder und Bundesstaaten auszuhöhlen. Die Sanierung der Reichsfinanzen erfolge jedesmal auf Kosten der Länder. Das Reich beschlehe Ausgaben, die sich unmittelbar auf die Länderhaushalte auswirkten, ohne sich zu vergewissern, ob die Länder diese Belastung tragen könnten, wie es bei der Besoldungserhöhung 1927 der Fall gewesen sei. Die Tendenz der Verreichlichung sei neuerdings beim Flugwetterdienst, bei der Justizverwaltung, dem Ausbau der Arbeitsämter, der Sozial- und Wohlfahrtspflege, der Wohnungsverwaltung und der Schaffung eines Verwaltungsgerichtshofes zu beobachten gewesen. Die Reichsfinanzverwaltung koste heute das Siebenfache wie die Finanzverwaltung von Reich und Ländern vor dem Kriege. Verreichlichung heiße Verteuerung. Die Verreichlichung führe weiter zu einer Auszehrung und Enblutung der Wirtschaft der Länder, Preußen ausgenommen. Ihre Steuerkraft gehe damit zurück. Noch mehr als bisher seien durch die Verreichlichung von Steuerwirtschaft, Bahn und Post und Arbeitslosenversicherung Millionen von öffentlichen Geldern nach Berlin abgewandert und sei damit das Bank- und Kreditwesen noch mehr als bisher von Berlin abhängig geworden. Das führe zu einer ungleichmäßigen Kreditverteilung der Wirtschaftszweige und Wirtschaftszweige, sowie zu einer ungleichen Verteilung der Reichsaufträge auf die einzelnen Länder. Sowohl die Reichsbürokratie wie der Deutsche Städtetag erstrebten die Herstellung einer unmittelbaren Beziehung zwischen Reich und Gemeinden unter Ausschaltung der Länder.

Es sei zu fordern, daß das Reich seine finanz-, volkswirtschaftlichen und außenpolitischen Tendenzen ändere. Die Grenze der Steuerkraft sei überschritten. Die Steuern müßten jetzt gesenkt werden. Nötig sei auch eine klare Scheidung der Steuerquellen zwischen Reich und Ländern. Man müsse auch eine Änderung der Reichsfinanzverwaltung, der Reichsarbeitsverwaltung und ihre Übertragung auf die Länder anstreben. Eine Rückübertragung der Finanzämter an die süddeutschen Länder wäre zu begrüßen.

Urteil gegen württembergische Kommunisten. Nach achtstägiger Verhandlung verurteilte das erweiterte Schöffengericht Cannstatt 18 Kommunisten wegen Landfriedensbruchs, teilweise wegen erschwerter Landfriedensbruchs zu Gefängnisstrafen von drei Monaten bis ein Jahr drei Monate, insgesamt zu 80 Monaten Gefängnis. Zwei der 15 Angeklagten waren wegen mangels Beweises freigesprochen. Die Verurteilten waren nach einer Verammlung der Nationalsozialisten in Waiblingen über diese hergefallen. Bei dem entsprechenden Handgemenge wurden 6-8 Personen, vorwiegend Nationalsozialisten, erheblich verletzt. Das Gericht stellte in seiner Urteilsbegründung fest, daß die Kommunisten in diesem Falle einwandfrei als Angreifer zu betrachten waren.

Die Notlage Sachsens. Der sächsische Ministerpräsident Schied hat am Dienstag dem Reichskanzler die Notlage Sachsens in einer sehr ausführlichen Besprechung dargelegt und betont, daß es dringend notwendig sei, alsbald dem Lande die Hilfe des Reiches zuteil werden zu lassen. Der Reichskanzler erkannte an, daß in Sachsen besondere Verhältnisse vorliegen und sicherte eine Prüfung zu.

### Kündigung der Lohnabkommen für die öffentlichen Betriebe Mitteldeutschlands

Unter Hinweis auf die schwierige Finanzlage der ihm angeschlossenen Verwaltungen hat, wie aus Magdeburg gemeldet wird, der Mitteldeutsche Arbeitgeberverband öffentlicher Verwaltungen und Betriebe G. V., Magdeburg, zur Durchführung einer Lohnsenkung die Lohnabkommen für die Staats- und Gemeindearbeiter, für das kommunale Straßenbahnpersonal, für die Staats-, Provinzial- und Kreisstrafenwärter und für das in den Krankenhäusern und anderen Anstalten beschäftigte Personal zum 31. März 1931 gekündigt.

Otto Reutter †. Otto Reutter, Deutschlands erster Humorist, ist Dienstag abend gegen 11 Uhr in Düsseldorf an den Folgen einer Herzkrankheit gestorben. Der Künstler hat ein Alter von 61 Jahren erreicht.

Der erste Mannheimer Doktor. Zum erstenmal hat am Montag der Senat der Mannheimer Handelshochschule von dem neuerwählten Recht der Promotion Gebrauch gemacht. Zum Dr. rer. oec. promovierte Dipl.-Kaufmann Ernst Drapel, Mannheim, der über das Thema: Kündigung und Kündigungsbeschränkungen im Arbeitsrecht und deren Bedeutung für den Betrieb, seine schriftliche Arbeit verfaßt hat.

1931 keine historischen Schloßkonzerte in Bruchsal. Die über die Grenzen Badens hinaus bekannten und stets gut besuchten historischen Schloßkonzerte in Bruchsal müssen dieses Jahr wegen der gespannten finanziellen Lage leider ausfallen. Die im Rahmen des Hofes gebotenen künstlerisch hochstehenden Veranstaltungen sollen möglichst im Juni 1932 wieder aufgenommen werden.

Pour le mérite für Kunst und Wissenschaft. Zum Ersatz der im vorigen Jahr verstorbenen Ordensritter haben in Berlin Neuwahlen stattgefunden. An Stelle von Adolf von Gernad wurde gewählt der Geh. Regierungsrat Professor Dr. Wilhelm Schulze in Berlin, an Stelle von Eduard Meyer der Geh. Regierungsrat Prof. Dr. Theodor Wiegand in Berlin, an Stelle von Theodor Möbete der Geheimrat Prof. Dr. Enno Littmann in Tübingen.

Ein Tischlermeister von akademischen Graden. In Altmünster stand der Tischlermeister Peter Dehn vor einigen Tagen die Prüfung als Dr. jur. mit „Sehr gut“. Er hatte in Karlshaus bei Koblenz drei Jahre nach seiner Entlassung aus der Volksschule seine Gelehrtenprüfung bestanden, vier Jahre später dann auch seine Meisterprüfung als Tischler. Nach sieben Jahren Handwerksmäßigkeit ging er wieder auf die Schule, machte das Abitur und promovierte in München zum Dr. phil. Jetzt hat er diesem ersten Dokortitel den zweiten hinzugefügt.

## Die Dienstag-Abstimmungen im Reichstag

### Annahme der sozialdemokratischen Anträge über Gefrierfleischzufuhr und Abänderung des Brotgesetzes

Der Reichstag hat die Beratung des Haushalts des Reichsinnenministeriums unterbrochen, um in seiner Dienstagtagung die in der vorigen Woche zurückgestellten Abstimmungen zum Haushalt des Reichsernährungsministeriums nachzuholen.

Zunächst wurde mit 311 gegen 60 Stimmen der kommunistische Mißtrauensantrag gegen Minister Schiele abgelehnt. Dagegen haben auch die Sozialdemokraten gestimmt.

Bei den weiteren Abstimmungen machte sich wiederholt das Fehlen der Deutschenationalen und Nationalsozialisten zum Nachteil der Parteien der Rechten fühlbar. So wurde die Ausschufungsschließung, die den Gesamtplan für den Zinsverbilligungszusatz des Reiches auf 10 Jahre ausdehnen will, abgelehnt und dafür mit der aus Sozialdemokraten und Kommunisten bestehenden Mehrheit eine sozialdemokratische Entschliebung angenommen, die die Ausdehnung von der Prüfung des Einzelfalles abhängig macht. Abgelehnt wurde auch die Ausschufungsschließung auf Fortsetzung der Kartoffelflorentinenzustimmung.

Vor allem aber wurde ein sozialdemokratischer Antrag angenommen, der praktisch die Aufhebung des Brotgesetzes mit dem Beibehaltungszwang und dem Zwang zum Feilhalten von Roggenbrot in Gafiständen bedeutet. Auch die Ausmahlungsquote von Roggenmehl wird durch den neuen Beschluß von 60 auf 70 erhöht.

Nachdem der Ernährungsetat in zweiter Beratung angenommen war, und die zahlreichen Anträge, die sich auf Landarbeiter- und Landwirtschaftsfragen beziehen, den zuständigen Ausschüssen übergeben wurde, kam die Gefrierfleischfrage zur Beratung. Der sozialdemokratische Antrag, der das zollfreie Kontingent für Gefrierfleisch von 50 000 Tonnen jährlich wieder einführen will, hat im Ausschuß die Mehrheit gefunden, weil die beiden Parteien der äußersten Rechten nicht vertreten waren. Da die Deutschenationalen und Nationalsozialisten auch am Dienstag bei der entscheidenden Abstimmung im Plenum fehlten, stand es von vornherein fest, daß der von der Landwirtschaft bekämpfte Gesetzesentwurf angenommen werden mußte, da die Sozialdemokraten und Kommunisten zusammen über mehr Stimmen verfügten, als die jetzt noch im Reichstag verbliebenen bürgerlichen Parteien.

Reichsernährungsminister Schiele, der in einer kurzen Rede dringend vor der Annahme des Entwurfes warnte, indem er auf die große Überproduktion an deutschem Vieh hinwies, bezeichnete die Wiederführung des zollfreien Gefrierfleischkontingents als einen schweren Schlag, vor allem für die bäuerliche Viehwirtschaft. Auf diesen Ton waren auch die Reden gestützt, mit denen die Vertreter des Landvolks, der Deutschen Volkspartei, der Bayerischen Volkspartei, des Bapetischen Bauernbundes, der Deutschhannoveraner und der Wirtschaftspartei gegen den Entwurf antraten.

Bei dem gegenwärtigen Kräfteverhältnis im Reichstag war es keine Überraschung, als der Gesetzesentwurf über das zollfreie Gefrierfleischkontingent in namentlicher Schlußabstimmung mit 223 gegen 149 Stimmen bei vier Enthaltungen angenommen wurde. Dafür hatten neben den Sozialdemokraten und Kommunisten auch die meisten Mitglieder der Staatspartei und einige Abgeordnete vom Gewerkschaftsflügel des Zentrums gestimmt. Die Gegner des Gefrierfleischkontingents setzen nun ihre Hoffnung darauf, daß der Reichsrat gegen den Reichstagsbeschluß Einspruch erheben werde. Dann müßte der Reichstag bei einer neuen Abstimmung eine Zweidrittelmehrheit aufbringen, die nicht vorhanden ist.

Am Mittwoch, 3. März, soll die zweite Beratung des Haushalts des Reichsinnenministeriums wieder aufgenommen werden.

### Die Finanzen der Reichspost

Die Depression des deutschen Wirtschaftslebens hat die Entwicklung der Postfinanzen wie folgt beeinflusst:

Man rechnet bis zum Ende des laufenden Wirtschaftsjahres, bis zum 31. März, mit einem Einnahmeausfall von insgesamt 120-125 Millionen Reichsmark. Die Einnahmeausfälle in den einzelnen Monaten des Rechnungsjahres 1930 waren infolge der üblichen Saisoninflüsse verschieden. Immerhin ist aber jetzt, wenige Wochen vor dem Schluß des Rechnungsjahres, die bemerkenswerte Tatsache erkennbar, daß die bisherige Entwicklung der Reichspostfinanzen nicht fortlaufend immer weiter abgeklungen ist, sondern daß sich die Einnahmeausfälle seit Juni, abgesehen von einigen Schwankungen mehr saisonmäßiger Natur, fast stets auf gleicher Höhe gehalten haben. Es ist also in dieser Beziehung eine gewisse Konsolidierung festzustellen, die man als ein Zeichen dafür ansehen darf, daß bei der Deutschen Reichspost der Tiefstand der Depression erreicht ist.

### Zum Kapitel Titelsucht

Es gibt einen „Reichsbund der deutschen Volkswirte G. V.“. Das ist wohl gut und notwendig, denn warum hätten sich in Deutschland die Menschen mit wirtschaftlichen Interessen nicht organisieren und eine Ausnahme machen sollen. Gerade jetzt ist es sehr wünschenswert, Verständnis und Wissen über volkswirtschaftliche Dinge in immer weitere Kreise zu tragen und Gedanken und Vorschläge auszutauschen. Weniger notwendig scheint uns aber etwas anderes: der Verband versendet gegenwärtig Satzungen und Druckschriften und lenkt dabei „die Aufmerksamkeit“ der damit Bedachten „auf die Geschäftsbordung für die Verleihung der ordentlichen Mitgliedschaft, mit der die Berechtigung erworben wird, die gefeschliche geschützte Berufs- bzw. Qualifikationsbezeichnung „Volkswirt, R.D.V.“ zu führen.“ — Also ein Titelchen, das man auf seine Visitenkarten drucken lassen kann, und dessen Voraussetzungen nur sind, daß man volkswirtschaftlich tätig ist oder gewesen ist und einen Mitgliedsbeitrag zahlt. Wenn irgend eine Abstempehung fehlt, der kann sie nun von diesem Verein sich geben lassen, der damit allerdings nichts Neues tut, sondern einem „dringenden Bedürfnis“ entsprechend, anderen hier bereits vorausgegangenen Organisationen folgt.

Die Lohnverhandlungen mit der Reichsbahn haben am Dienstag in Berlin begonnen und werden am 10. März fortgesetzt. Die Deutsche Reichsbahn hat vorgeschlagen, den Stundenlohn um 7 Pf. allgemein zu senken.

Freilassung der verhafteten Pfälzer Separatisten. Die in der neuen Separatistenaffäre Verhafteten, mit Ausnahme des Karl Steiner aus Kaiserslautern, sind auf Veranlassung des Oberreichsanwalts auf freien Fuß gesetzt worden. Das Strafverfahren nimmt indessen seinen Fortgang.

### Starker Schneefall in Bayern

W.B. München, 4. März. (Tel.) In den ersten Morgenstunden setzte heute in Südbayern plötzlich wieder starker Schneefall ein, der bis zum Vormittag in der Landeshauptstadt, besonders auf dem Lande, abermals eine beträchtliche Schneedecke schuf. In München verursachte der Schneefall mehrere Verkehrsstörungen. Es schneit weiter.

## Außendebatte in Frankreich

### Franklin Bouillon und Briand

Zum Verlauf der außenpolitischen Debatte in der französischen Kammer erklärte Franklin-Bouillon, er habe bei allen Deutschen drei verschiedene Willensrichtungen vorgefunden, erstens den Willen, den Youngplan zu revidieren, zweitens den Willen, aufzurufen statt abzurufen, und drittens den Willen, die Grenzen des Versailler Vertrages niederzureißen. Naas leite die gesamte deutsche Politik, und gerade er fordere die Revision des Youngplans. Curtius habe im Reichstag erklärt, daß er sich geweiht habe, jede Garantie für die Erfüllung des Youngplans zu geben. Dagegen habe Deutschland aufgefodert, den Widerstand vorzubereiten und Trebranus habe gegen den Youngplan dieselbe Sprache geführt. Man müsse daraus folgern, daß Deutschland nicht nur den Youngplan, sondern den gesamten Plan von Versailles zerreißen wolle.

Außenminister Briand erklärte zu den Ausführungen Franklin-Bouillons, daß seine Außenpolitik stets von der Kammer mit einer Mehrheit gebilligt worden sei. Zwischen Frankreich und Deutschland müsse die Annäherung vollzogen werden. Die französischen Grenzen seien konsolidiert, da sie feierlich von Deutschland anerkannt wurden. Frankreich habe keinerlei Anstrengungen auf den Krieg als politisches Mittel bezichtigt. Briand bezeichnete dann die österreichische „Anschlußfrage“ als im Schwinden begriffen, die eine Kriegsgefahr hätte werden können. Die Deutschen hätten geglaubt, daß sie eine Regierung besäßen, die wisse, was sie wolle und die wirklich auf die Annäherung eingeeilt sei.

Nach Briand ergriff Franklin-Bouillon abermals das Wort und behauptete, daß Briand auf seine Frage wegen des Youngplans überhaupt nicht und auf seine anderen Fragen nur ausweichend geantwortet habe, ferner, daß er zwar ein West, nicht aber ein Ost-Lozano geschaffen habe. Dr. Curtius reise nach Wien, um dort die Annäherung zwischen Deutschland und Österreich weiter vorwärts zu treiben.

Briand antwortete hierauf, daß Lozano die Inkraftsetzung der Artikel 42, 43 und 44 des Versailler Vertrages bedeute, ferner, daß die deutschen Staatsmänner nicht daran dächten, sich den Verpflichtungen des Youngplans zu entziehen.

Der sozialistische Abg. Grumbach erklärte, wenn er auch der Ansicht sei, daß die kaiserliche Regierung von 1914 eine schwere Verantwortung am Ausbruch des Krieges trage, so halte er es doch für einen großen Fehler, daß der Versailler Vertrag die Alleinverantwortung der Deutschen verjagt habe. Daher stammten die ewigen Diskussionen in Deutschland, und daher sei auch der Ausbruch „Angreifer“, den heute, 12 Jahre nach Kriegsende, Maginot gebraucht habe, aufs höchste unangebracht. Darüber hinaus aber sei es ungerecht, Deutschland ewig im Zustande der Ungleichheit halten zu wollen.

Hierauf wurde der Etat des Auswärtigen mit 551 gegen 14 Stimmen angenommen.

### Tiroler Geiseln verhaftet

EW. Innsbruck, 4. März. (Priv.-Tel.) Zwei Tiroler Geiseln, der Vater Arnold und der Mexiker Kottensteiner, sind von den italienischen Sicherheitsbehörden verhaftet worden. Als Grund dieser Maßnahme wird die Zugehörigkeit der beiden Geiseln zu einer Studentenverbindung angegeben, die bereits im Jahre 1926 aufgelöst worden ist. Fürstbischof Dr. Geisler von Brixen hat bei den italienischen Behörden auf Grund der Kontrabandbestimmungen gegen die Verhaftung Kottensteiners, der dem Bischofsanwalter von Brixen, angehört, Protest eingelegt.

Über die Frage der Genehmigung des Schenker-Vertrages wird sich die Reichsregierung schlüssig machen, sobald sie die von der Reichsbahn auf Grund des Reichsbahngesetzes geforderten Auskünfte erhalten hat.

Gesandter Meyer zum Dirigenten der Ostabteilung ernannt. Als Nachfolger des zum Gesandten in Warschau ernannten Vortragenden Legationsrats von Molke ist der Gesandte Meyer zum Dirigenten der Ostabteilung des Auswärtigen Amtes ernannt worden. Meyer, der 1884 geboren ist, war zuletzt im Auswärtigen Amt in der Abteilung West- und Südeuropa tätig.

Die deutschen Industriellen in Moskau. Die in Moskau eingetroffenen deutschen Industriellen stellten am Montag nochmals dem Obersten Volkswirtschaftsrat einen Besuch ab und besichtigten die bedeutendsten Maschinenfabriken.

Die Stuttgarter Oberbürgermeisterwahl wird am 26. April stattfinden. Oberbürgermeister Dr. Lautenschlager wird sich zur Wiederwahl stellen.

### Kleine Chronik

In der Straffache gegen den Düsseldorf-Massenmörder Peter Kürten ist das Hauptverfahren wegen Mordes in neun Fällen und wegen Mordversuchs in sieben Fällen vor dem Schwurgericht eröffnet worden. Der Hauptverhandlungstermin ist noch nicht bestimmt, aber für den 13. April d. J. in Aussicht genommen.

Bei dem Dortmunder Eiswerk G. m. b. H. ist man großen Betrügereien des mit der Eiswertwerke beschäftigten Fahr- und Maschinenpersonals auf die Spur gekommen. Neun Fahrleute hatten täglich bis zu 100 Stangen Eis für eigene Rechnung verkauft und einen täglichen Reingewinn von 25 bis 50 RM erzielt. Ein Teil dieses Geldes wurde an die Maschinenisten, die mit den Fahrern unter einer Decke stellten, abgegeben. Die Betrügereien gehen bis 1924 zurück und haben allmählich eine Summe von 400 000 bis 500 000 RM erreicht.

In Östlich wurde auf den Gleisen die Leiche eines jungen Mannes gefunden. Es handelt sich um einen etwa 18 Jahre alten Schüler, der kurz vor dem Examen stand und wahrscheinlich aus Furcht vor dem Ausgang Selbstmord beging.

Drei maskierte bewaffnete Männer drangen in Berlin in die Wohnung eines Kaufmanns ein und raubten Schmuck- und Wertgegenstände im Werte von 20 000 RM.

In Rudolfsbad wurde der Landwirt und Maurer Berthold Koppe aus Jwabitz bei Rahlja wegen Doppelmordes zweimal zum Tode verurteilt. Er hatte 1917 seine Haushälterin, mit der er enge Beziehungen unterhalten hatte, in die Saale gestoßen und ertränkt. Im April 1930 hatte er seine zweite Frau vorsätzlich getötet und die Leiche im Kachelofen verbrannt.

In New York veranstaltete im Zusammenhang mit dem neuerlichen Anfeigen der Zahl der Verbrechen und zur Verhütung der Öffentlichkeit die Polizei nächtliche Razzien durch die Straßen und in den Nachbalkäfen. Es beteiligten sich daran zahlreiche Detektive und eine Polizeiverstärkung von 8500 Mann.

# Badischer Teil

## Aus dem Badischen Landtag Das neue badische Feldbereinigungsgesetz

Der Rechtsprüfungsausschuss des Badischen Landtages behandelte am Dienstag die Denkschrift des badischen Innenministers über die landwirtschaftlichen Bodenbesitzverhältnisse in Baden. Der Ausschuss war in seiner Gesamtheit der Ansicht, daß das Maß, bis zu dem landwirtschaftliche Grundstücke geteilt werden dürfen, heraufgesetzt werden müsse.

Im Anschluß daran behandelte der Ausschuss einen Gesetzentwurf der Regierung über die Feldbereinigung, für den der Zentrumsabg. Heinrich Haas-Freiburg als Berichterstatter bestellt wurde. Als wesentliche Neuerung bringt der Gesetzentwurf das Initiativrecht der Staatsbehörden, den Befehl des Zustimmungsbeschlusses der Grundbesitzer, die Bildung eines Ausschusses der auf die örtlichen Interessen abgestellt ist und eine erhebliche Senkung der Kosten des Verfahrens. Auch Maßnahmen, die die Verschleppung eingeleiteter Verfahren unmöglich machen, sind vorgezogen.

Zum Gesetzentwurf ist eine Eingabe der Landwirtschaftskammer eingegangen, die in ihm keine wesentliche Verbesserung sieht. Sie verlangt die Übertragung der Aufgaben der Feldbereinigung auf das Ministerium des Innern und Erziehung mehrerer Feldbereinigungskammern. Der Finanzminister erklärte, daß das Staatsministerium einstimmig den Beschluß gefaßt habe, mit der Durchführung und den Aufgaben der Feldbereinigung die Wasser- und Straßenbauämter zu betrauen.

## Aus der badischen Industrie

Der Lohnstreik in der badischen Textilindustrie. Der am 24. Februar im Lohnstreik der badischen Textilindustrie gefällte Schiedspruch, der eine Lohnsenkung von 5 Prozent vorsieht und von Arbeitnehmerseite bekanntlich abgelehnt wurde, ist von den Arbeitgebern anerkannt worden. Sie haben jetzt seine Verbindlichkeitsklärung durch das Reichsarbeitsministerium beantragt. Die Verhandlungen werden in Berlin stattfinden. Der Zeitpunkt ist noch unbestimmt.

Der Kunstliebhaber G. m. b. H. in Ettlingen, wird nach Karlsruhe verlegt. Die Gesellschaft pflegt den Prothefenbau, der feinerzeit in der Orthopädischen Abteilung des Reservelazarettes einen wesentlichen Bestandteil bildete. Des Grund der Verlegung bildet der Umstand, daß das Karlsruher Versorgungsamt den Sitz der Gesellschaft in Karlsruhe für vorteilhafter hält zur Vereinnahmung von Aufträgen.

Schiedspruch im badischen Damenschneidergewerbe. Vom Schiedspruch im badischen Damenschneidergewerbe wurde am Dienstag ein einstimmiger Schiedspruch gefällt, der eine Lohnsenkung von 6 Proz. für das badische Damenschneidergewerbe vorsieht. Die Erklärungsfrist läuft bis zum 11. März. Die Neuregelung soll bis zum 30. September 1931 unläufig sein.

## Aus der badischen Landwirtschaft

Förderung des Brauergerstenbaues. Eine große Anzahl von Gemeinden des badischen Frankenlandes ist wie bekannt auf die Erzeugung von Brauergerste eingestellt. In Anbetracht des dazu geeigneten Bodens und der besonderen Erfahrungen der Landwirte im Gerstenbau, ist es mit der Zeit gelungen, der fränkischen Gerste einen guten Ruf zu verschaffen, der erst neuerdings auf der Gersten- und Hopfenausstellung in Berlin durch Auszeichnung der Gemeinden Großrinderfeld und Gerchsheim bestätigt wurde. Um die gerstebauenden Gemeinden enger zusammenzuschließen, wurde in einer Besprechung des Veruchsbüros Tauber-Main in Großrinderfeld (Amt Tauberbischofsheim) beschlossen, nach bayerischem Muster einen Gerstenbauverein zu gründen.

Um die Amerikanerrebbe. In Ottenau im Murgtal waren etwa 400 Hybridenreben des mittleren Murgtales versammelt, um zu dem Verbot des Anbaues der Amerikanerrebbe Stellung zu nehmen. Es wurde darauf hingewiesen, daß seit nahezu 60 Jahren in den in Betracht kommenden Gemeinden nur Amerikanerrebbe gepflanzt werden, deren Ertrag zum Hauptertrag verwendet wird. Wiederholte Versuche, Edelreben zu pflanzen, hatten infolge der ärmlichen Bodenverhältnisse keinen Erfolg. Einmütig wurde eine Entschließung gefaßt, die den Abgeordneten des Reichs- und Landtags zugehen soll. Sie fordert Aufhebung des Verbots für die Murgtalgemeinden und Erklärung des Murgtals zum Ausnahmegebiet.

## Die Löhne in der Rheinschiffahrt

Die Arbeitgeberverbände des Rheins machen — wie die „Frankf. Ztg.“ meldet — den Gewerkschaften zur Neuregung des Lohn- und Gehaltsabkommens folgende Vorschläge:

1. Die Gehälter der Kapitäne, Schiffsführer und Obermaschinisten sind um 20 Prozent herabzusetzen.
  2. Die Löhne des in Wochenlohn stehenden Personals sind um 10 Prozent herabzusetzen, wobei vorausgesetzt wird, daß durch die Regierungsvorschläge zum Rahmentarifvertrag Lohnersparnisse in Höhe von etwa 10 Prozent zu erwarten sind, so daß auch hier insgesamt 20 Prozent gefordert werden.
  3. In der Lohnliste ist der Matrose mit weniger als vier Berufsjahren als Matrose, der zweite Matrose auf Köhnen mit 85 Prozent des Lohns des Vollmatrosen zu bewerten.
- Diese Vorschläge werden mit der allgemeinen Notlage der deutschen Rheinschiffahrt begründet.

## Einzelhandel und Preisabbau

Die Landeszentrale des Badischen Einzelhandels tritt in einer Aufschrift an die Presse entschieden der Behauptung entgegen, daß der Einzelhandel künstlich seine Preise hochhalte oder den schwierigen Verhältnissen der Gegenwart nicht Rechnung getragen habe. Der Einzelhandel ist bereit, seine Preise noch weiter zu senken, wenn ihm auf der anderen Seite auch die Möglichkeit gegeben wird, seine Kosten zu vermindern. In diesem Zusammenhang führt die Landeszentrale aus: Wir denken hierbei an die unerträglich gewordenen Steuern, Umlagen und sozialen Lasten, an die hohen Bodenmieten, an die Überspannung der Bankzinsen, an die sehr wohl zu ermäßigenden Gas-, Wasser- und Strompreise, an die Güterverkehrs-, Personenverkehrs- und Posttarife, an eine tumultuöse Ermäßigung der Preise beim Produzenten und Fabrikanten und noch an vieles andere mehr, das bei der Preisabkalkulation maßgeblichen Einfluß ausübt.

Die Stelle des Städtischen Branddirektors in Mannheim wird ab 1. März d. J. neu besetzt, und zwar durch den bisherigen zweiten Leiter der Mannheimer Berufsfeuerwehr, Brandoberingenieur Mikus.

## Gemeinderandschau

Erfahrung für den Heidelberg-Verordnetenvorstand. Am Montag fand die Erfahrung für einige aus dem Stadtverordnetenvorstand ausgeschiedene Mitglieder statt. Gemählt wurden die Stadtverordneten Prof. Schuel von den Sozialdemokraten mit 38 Stimmen, und Kaufm. Angeh. Dinkel von den Nationalsozialisten, mit 36 Stimmen. Die Wahl des Stadtverordnetenobmanns verlief ergebnislos, da der von den Nationalsozialisten aufgestellte Kandidat Paul Körner nur 42 Stimmen erhielt, so daß ihm bei 84 Bürgerausschussmitgliedern eine Stimme zur Mehrheit fehlte. Für ihn stimmten außer den Nationalsozialisten Mitglieder des Cv. Volksdienstes, des Bürgerbundes und der Deutschen Volkspartei. Es muß also ein zweiter Wahlgang stattfinden.

Bürgermeister Dr. Frank in Eberbach wird sein neues Amt als Oberbürgermeister der Stadt Ludwigsburg in Württemberg, etwa nach Ostern antreten. Bis dahin wird Stadtpfleger a. D. Wenber die Geschäfte der Stadt leiten. Der Weggang Dr. Frank's, der sich durch sein tatkräftiges Wirken und unparteiische Handlungsweise viele Freunde und Bewunderer geschaffen hat, wird in Eberbach sehr bedauert.

Die großen Arbeitslosenzahlen im Bezirk Wiesloch. Durch den Stillstand des größten Teils der Bismarckindustrie ist im Bezirk Wiesloch immer noch jeder fünfte Einwohner des 30 000 Einwohner zählenden Amtsbezirks Wiesloch ohne Beschäftigung. In einzelnen Tabakarbeitergemeinden muß fast die ganze Einwohnerschaft von der Erwerbslosenunterstützung leben, wenn man die Zahl der nichtunterstützten Familienangehörigen mitberücksichtigt. Die einzige Gemeinde, die keine Erwerbslosen aufweist, ist die rein landwirtschaftlich treibende Gemeinde Amlershof. Ingesamt sind es 5402 Arbeitslosenunterstützungsempfänger und 635 Kräftigkeitsorgane. Die lokale Statistik zeigt die größten Arbeitslosenzahlen im Bezirk Wiesloch seit dem Kriege auf.

148 000 RM rückständige Mieten für städtische Wohnungen. Der Stadtrat Kastatt hat beschlossen, gegen vier Mieter städtischer Wohnungen, welche mit Zahlung ihrer Miete seit längerer Zeit im Rückstande sind, obwohl sie ununterbrochen in Arbeit gestanden haben, Räumungsbescheid zu erlassen und das zu erwartende Räumungsurteil unanfechtlich zum Vollzug zu bringen. Von der Stadtkasse wurde eine Übersicht vorgelegt, wonach die rückständigen Mieten für städtische Wohnungen auf 1. Dezember v. J. den Betrag von 148 162 RM ausgemacht haben, welcher sich auf 412 Mieter verteilt. Davon entfallen auf die Zeit vom 1. April bis 1. Dezember 1930 rund 60 000 RM. — Den Wohlfahrtsverbänden, deren Zahl zur Zeit 150 beträgt, will man durch Straßensanierung teilweise Beschäftigung geben. Es sollen 50 Wohlfahrtsverbände etwa ein halbes Jahr gegen die Lohnsätze der Rotstandsarbeiter herangezogen werden, wodurch an Löhnen die Summe von 49 000 RM erforderlich wird. Dem Bürgerausschuss geht eine entsprechende Vorlage zu.

Der Freiburger Stadtrat fördert den Roggenmehlverbrauch. Anlässlich der Neuregelung der Brotlieferung für die Schüler speisung im kommenden Wirtschaftsjahr soll nach einem Beschluß des Stadtrats Freiburg die Belieferung der Schulen abwechselnd mit Weizenmehl und aus Weizenmehl und aus Weizenmehl vorgezogen werden. In den städtischen Heimen — Kinderheim und Friedrichshof — wird seit längerer Zeit in der Regel morgens an Stelle des Weizenbrotts Weizenbrot oder Roggenbrot verabfolgt.

Der Bürgerausschuss Billingen hat beschlossen, den Flugbetrieb auf dem dortigen Flugplatz einzustellen, da in der heutigen Notzeit die Subventionen für den Flugbetrieb zu hoch seien. Der Beschluß trifft sowohl die Schwarzwaldflyglinie wie die Kurzlinie Konstanz-Billingen-Freiburg. Die Weisung wurde in allen Fraktionen geteilt, da nicht verkannt werden konnte, daß die Ausschaltung Billings aus dem Weltflugnetz für die Zukunft auch große Nachteile bringen könne und man nicht weiß, ob Billingen später wieder eingeschaltet werden kann.

Führerkurse für die Freiwilligen Feuerwehren Badens. In der Karlsruher Feuerwache werden auch in diesem Jahre Kurse zur Ausbildung von Führern der Freiwilligen Feuerwehren unter Leitung des Branddirektors Wilske abgehalten.

**Waagen aller Art liefert:**  
**FRIEDRICH LANG, Waagenfabrik**  
Stuttgart - Cannstatt 3 884

## Kurze Nachrichten aus Baden

Temperaturanstieg im Schwarzwald. D3. Freiburg, 4. März. (Tel.) Während gestern auf den Höhen des Schwarzwaldes infolge starker Strahlungsströme noch bis zu 20 Grad unter Null gemessen wurde, ist im Laufe der Nacht zum Mittwoch bei starker Bevölkerungszunahme ein überaus anomaler Temperaturanstieg erfolgt, so daß die Temperaturen heute Morgen überall über dem Gefrierpunkt liegen. In allen Teilen des südlichen Schwarzwaldes haben die starken Regenfälle wieder eingesetzt, so daß neuerlich mit einem starken Anschwellen des Oberrheins für morgen zu rechnen ist. Die für einige Tage unterbrochene Schneeschmelze hat wieder in vollem Umfang eingesetzt und in mittleren Lagen zu einem Abfluten der Schneedecke um 20 bis 30 Zentimeter innerhalb zwölf Stunden geführt.

## Der Birkle-Prozess in Freiburg

Im Verlauf des siebten Verhandlungstages, des Dienstags, sagte bei der Verhandlung der Beschuldigten Herlings zugunsten des Klosters St. Trudbert im Münsterthal der Zeuge Bismann aus, daß er anstatt Barzahlung für Lieferungen an das Kloster einen Wechsel bekam. Auch dem Zeugen Seis (Freiburg) war für Bauten am Kloster Barzahlung versprochen worden, aber auch er erhielt einen Wechsel des Klosters auf die Birkle-Bank. Herling erklärte dem Zeugen, das Kloster bestände sich augenblicklich in Zahlungsschwierigkeiten, darum habe es Wechsel ausgeben. Der Zeuge mußte schließlich feststellen, daß Wechsel in Höhen ausgestellt waren, die weit über seine wirklichen Forderungen hinausgingen. Dem Superior des Klosters St. Trudbert, Strahmeyer, hat Herling gesagt, die Birkle-Bank liehe vorzüglich, da sie sich ja unter Staatsaufsicht befände. Herling betriet, dies gesagt zu haben. Der Zeuge beharrt aber energisch auf seiner Aussage. Diese Erklärung Herlings habe

sowohl ihn wie die beiden Schwestern vollkommen beruhigt. Um so überraschter waren diese, als die Birkle-Bank den Konkurs anmelden mußte. Als die Mutter von St. Trudbert auf der Rückkehr von einer Amerikareise von den Beschuldigten hörte, sei sie nicht gerade sehr erfreut gewesen, aber Herling verstand es, sie zu beschwichtigen. Weitere Zeugen, die Forderungen an das Kloster hatten, wurden ebenfalls von der Bank mit Wechseln abgepfiffen und zwar stets auf Anregung von Herling.

D3. Freiburg, 4. März. (Tel.) Im Mittelpunkt der heutigen Verhandlungen standen die Beziehungen der Birkle-Bank zum Caritasverband, und die betrügerische Ausnützung von Seiten der beiden Bankiers. Sowohl Herling wie Birkle bestreiten zwar, sich strafbar gemacht zu haben, jedoch war ohne Wissen Birkles dem Caritasverband die für die Reichsbank fraktierte Bilanz vorgelegt worden. Diese Veruhigungsspiele genügte aber dem Caritasverband nicht. Er verlangte Erhöhung der Sicherheiten. Außer den dann gegebenen Grundschuldbriefen wurden für einen neuen Betrag von 45 000 M. der auf Grund der gefälschten Reichsbankbilanz der Birkle-Bank gegeben wurde, Dollarscheine von je 26 000 Dollar von Herling freizügig als Sicherheit benutzt. Interessant war im Verlaufe der Aussagen Herlings, daß 1924 mit dem Caritasverband sogenannte Metageschäfte getätigt worden seien, bei denen die Gewinne verteilt wurden. Die Zinsen hätten damals 30 bis 51 Proz. betragen. Der Gesamtsumme des Caritasverbandes beläuft sich nach Abzug der Konkursquote auf 1/4 Million Reichsmark.

bl. Mannheim, 4. März. An den Folgen eines Gehirnschlags verstarb hier im Alter von 56 Jahren Baudirektor a. D. Willy Roebly. Der Verstorbene war lange Jahre hindurch Vorstandsmitglied der Mannheimer Bank. — In Baden-Baden verschied nach längerer Krankheit der frühere Inhaber und Geschäftsführer der Mannheimer Kohlenfirma F. Grobe G. m. b. H., Grobe, der im 55. Lebensjahr stand. Wegen Krankheit mußte er sich jedoch schon vor zwei Jahren aus dem Geschäft zurückziehen und siedelte nach Baden-Baden über.

D3. Mannheim, 4. März. Die Straßensammlung der hiesigen Ortsgruppe des Volksbundes Deutscher Kriegergedächtnisfürsorge erbrachte hier die Summe von über 4300 Reichsmark. Es wurden über 26 000 Papiecastern und mehrere Hundert Postkarten verkauft.

D3. Heidelberg, 3. März. Heute nacht ist hier eine in der ganzen Pfalz bekannte und außerordentlich geachtete Persönlichkeit gestorben, der seit 12 Jahren in Heidelberg wohnende Konfistorialrat a. D. Geheimrat von Wagner. Geheimrat Ludwig von Wagner ist 82 Jahre alt geworden. Er war bis 1919 Präsident der pfälzischen ev. Landeskirche, stammte aus dem rechtsrheinischen Bayern und war aus der Juristenlaufbahn gekommen.

bl. Gengenbach, 3. März. Zu dem schweren Verbrechen in dem Ortschaften, dem die 75-(nicht 70)-jährige Franziska Schilli zum Opfer fiel, wird noch berichtet, daß die Ermordete immer zurückgezogen gelebt hat und selten jemand ins Haus gelassen hat. Bereits vor zwei Jahren soll Franziska Schilli Drohbriefe erhalten haben. Festgestellt wurde, daß der Täter mit der Einrichtung im Hause wohl bekannt war.

bl. Freiburg i. Br., 3. März. Dem nationalsozialistischen Stadtrat und Kolonialwarenhandeler Kubel wurden in der vergangenen Nacht die Fenstersteine eingeworfen. Auch erhielt er Briefe, in denen ihm angedroht wird, daß man demnächst mit ihm abrechnen werde.

D3. Donaueschingen, 3. März. Die 15. (Donaueschinger) und 16. (Billinger) Kompanie des Donaueschinger Ausbildungsbataillons sind gestern zu einer 14tägigen Übung auf den Heuberg gefahren.

D3. Galtlingen, 4. März. Nach längerer Krankheit ist im Alter von 100 Jahren und 6 Monaten die älteste Frau des Markgräfler Landes, Frau Dürmeier, gestorben.

## Handel und Wirtschaft Berliner Devisennotierungen

	4. März		3. März	
	Geld	Preis	Geld	Preis
Amsterdam 100 G.	168.48	168.82	168.61	168.96
Kopenhagen 100 Kr.	112.42	112.64	112.43	112.63
Italien . . . 100 L.	22.02	22.06	22.005	22.045
London . . . 1 Pf.	20.417	20.457	20.416	20.456
New York 1 D.	4.2035	4.2115	4.2025	4.2105
Paris . . . 100 Fr.	16.441	16.501	16.469	16.509
Schweiz . . . 100 Fr.	80.91	81.07	80.91	81.07
Wien 100 Schilling	59.075	59.195	59.075	59.195
Prag . . . 100 Kr.	12.451	12.471	12.45	12.47

Der Aktienindex. Der vom Statistischen Reichsampt errechnete Aktienindex (1924/26 gleich 100) stellte sich für die Woche vom 23. bis 28. Februar 1931 auf 86,5 gegenüber 86,0 in der Vorwoche, und zwar in der Gruppe Bergbau und Schwerindustrie auf 79,6 (79,0), Gruppe verarbeitende Industrie auf 76,3 (76,2) und Gruppe Handel und Verkehr auf 109,4 (109,1). Für den Durchschnitt des Monats Februar 1931 ist der Index mit 85,6 gegenüber 81,8 im Durchschnitt Januar 1931 ermittelt, und zwar in der Gruppe Bergbau und Schwerindustrie 79,0 (74,8), Gruppe verarbeitende Industrie 75,6 (71,3) und Gruppe Handel und Verkehr 108,7 (106,1).

Eisenwert Gagenau AG., Gagenau. Die Generalversammlung am 28. Februar genehmigte einstimmig sämtliche Punkte der Tagesordnung und sagte damit die zur Erfüllung des Anfangs 1930 mit den Gläubigern abgeschlossenen Vergleichs notwendigen Beschlüsse.

Die Handelskammerumlage für den Kreis Offenburg. Die Handelskammer für den Kreis Offenburg in Lothar hat die Handelskammerumlage für 1931 auf 4 Pf. für 100 M. Handelskammersteuerkapital festgesetzt. Im Vorjahr betrug der Umlagefuß 4,5 Pf., was einer Senkung von 11 Proz. für das laufende Jahr entspricht.

Erhöhung der schweizerischen Baumwollgewebezölle. Der schweizerische Bundesrat hat mit Wirkung vom 10. März an die schweizerischen Baumwollgewebezölle in einer Reihe von Positionen um 25 bis 83 Proz. erhöht. Dabei sind die bestehenden handelsvertraglichen Bindungen jedoch gewahrt worden. Ferner bleibt die der Eidgenossenschaft eingeräumte Vorzugsbehandlung für Einfuhr der Gewebe zu Stückbänden zu den reduzierten Ansätzen von 10 Franken bzw. 50 Franken je Zentner weiter in Kraft.

**Rheinische Kohlen- und Brikett-Gesellschaft MÜLBERGER M. B. H.**  
Kontor: Amalienstr. 25, Ecke Waldstraße. Telefon 244, 245, 1572  
**KOHLLEN \* KOKS \* BRIKETTS \* GRUDE \* BRENNHOLZ**

### Aus der Landeshauptstadt

Ein Beschluß des Karlsruher Stadtrats zum Verbindungsweesen. Auf Antrag der Fraktion der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei hat der Stadtrat beschlossen, daß „gemeindliche Arbeiten und Lieferungen an Beamte, Angestellte oder sonst in einem Abhängigkeitsverhältnis zur Stadtverwaltung stehende Personen, an Stadtverordnete, Stadträte und Mitglieder städtischer Ausschüsse, in deren Geschäftsbereich die Arbeit oder Lieferung fällt, sowie an Ehegatten sämtlicher Vorbezeichneter nicht übertragen werden dürfen“. Dieser Beschluß wird der Zustimmung des Bürgerausschusses unterstellt.

Was man nicht tun darf. Im Februar gelangten 62 Gewerbetreibende wegen aller möglichen Verstöße gegen die wirtschaftlichen und gewerblichen Gesetze und Verordnungen zur Anzeige. Darunter befindet sich eine Metzgereifrau, die Schweinefleisch als Ochsenfleisch ausgezeichnet und verkauft hat, ferner ein Filialleiter, der mit Hilfe von unter dem Teller der Waage gehobenen Papierblättern die Käufer betrog, u. ein Friseurmeister, der in seinem Friseurgeschäft beim Haarschneiden dem Kunden die vorgeschriebene Einlage zwischen Hals u. Friseurmantel vorenthielt. Eine Ladeninhaberin machte sich dadurch eines Vergehens gegen das Rindererschlaggesetz schuldig, daß sie im Schaufenster ihres Geschäfts ein drei Jahre altes Kind zu Neufamezwecken ausstellte.

Milchfälschungen. Ein Molkereibesitzer gelangte zur Anzeige, weil er verschiedentlich seine Kunden mit gewässertem Milch beliefert hat. Man stellte Wässerungen von 6-10 Proz. fest. Im Monat Februar mußten bei der Milchkontrolle 20 Proben als gewässert beanstandet werden. Es kommen größtenteils auswärtige Milchmehler und Milchproduzenten in Frage. Nach dem Bericht der Verwaltungspolizei wurde von der Gemeinde Derbingen im Oberamt Maulbronn öfters erheblich gewässerte Milch an die Milchzentrale Durlach geliefert. Es wurden nun zwei Milchmehler und eine Landwirtin zur Anzeige gebracht, weil sie der Milch bis zu 20 Proz. Wasser zusetzten. Die Milchzentrale Durlach hat jetzt den Bezug der Milch von Derbingen eingestellt. Ein Milchmehler der Gemeinde Rinklingen lieferte an die Milchzentrale Durlach zu 35 Proz. und ein zweiter Milchmehler dieser Gemeinde zu 10 Proz. gewässerte Milch ab.

Colosseumtheater — Verfolgte Unschub. Das überaus heitere Werk von Gustav Vertram hat bei der Erstaufführung am Sonntag eine sehr beifällige Aufnahme gefunden. Wer einmal recht von Herzen lachen will, der veräume nicht, einen der folgenden Abende im Colosseum zu verbringen. Man muß Marga Peter gesehen haben, die es versteht, ihre Chansons mit Temperament zu bringen. Auch Otfried Breihs, der den Kaffier Bussel gibt, hat eine unvergleichliche Komik. Sehr gut hat sich auch Friedel Grose eingefügt, die in ihrer „Kunigunde“ eine derbomische Figur schuf. Kartenvorverkauf den ganzen Tag über im Zigarrenhaus Reyle, Ecke Waldstraße und Passage.

Fred Marion hat sich nach seinen beiden ersten Karlsruher Abenden, die ihm immer wieder neue Anhänger zuführten, nicht nur in seinen Experimentaldarstellungen, sondern auch in seinen Konversationen, dazu entschlossen, noch einen dritten und letzten Abend in dieser Saison abzuhalten, der am kommenden Freitag, den 6. März, abends 8 Uhr, stattfinden wird. Da diesmal sicherlich mit Massenbesuch gerechnet werden muß, wurde der Eintrittsaal genommen. Jeder Marion-Abend bringt neue, unerwartete Momente und Überraschungen, es

ist daher begreiflich, daß sich eine große und treue Gemeinde um diesen Hellscher gebildet hat. Die Kartenausgabe für Freitag ist in vollem Gange: linke Saalhälfte in der Musikalienhandlung Kurt Reusfeldt, Waldstr. 81, rechte Saalhälfte in der Buchhandlung Bielefeld am Marktplatz.

Witterungsbericht der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe, von heute morgen: Von Südwesten ist jetzt maritime Warmluft auch in unser Gebiet eingedrungen und hat heute nacht in tiefen Lagen verbreitete Schneefälle, in höheren infolge des starken Temperaturanstieges stellenweise Regen gebracht. Wir werden bis auf weiteres im Bereiche der milden ozeanischen Luft bleiben, so daß zunächst noch Bewölkung bedorft. Voraussage: Auftrichende Südwestwinde, milde, wolfig und zeitweise Niederschläge, meist als Regen.

Wasserstände: Waldshut 271 minus 15, Basel 94 minus 16, Schusterinsel 160 minus 15, Rehl 328 minus 14, Maxau 541 minus 54, Mannheim 537 minus 23, Caub über 200.

Der Bürgerausschuß beschloß einstimmig einen weiteren Kredit von 300 000 M zur Beschäftigung von 250 Wohlfahrtsberufswesen, wodurch 39 000 Tagewerte geschaffen werden.

### Staatsanzeiger

#### Bekanntmachung.

Unter Bezugnahme auf die Bestimmung in § 20 Abs. 1 Satz 2 der badischen Verfassung vom 21. März 1919 wird nachstehend der vom Gesamtministerium angenommene Entwurf eines Gesetzes über die Grunderwerbsteuer und Zuwachssteuer bekanntgegeben.

Karlsruhe, den 2. März 1931.

Staatsministerium.

Wittmann.

#### Entwurf

eines Gesetzes über die Grunderwerbsteuer und Zuwachssteuer.

Das badische Volk hat durch den Landtag am . . . . . folgendes Gesetz beschlossen:

#### Artikel I.

In das Gesetz über die Grunderwerbsteuer vom 22. Juli 1920 (Gesetz- und Verordnungsblatt S. 427) in der Fassung des Art. I der Gesetze vom 19. Juli 1923 und 1. April 1925 über die Grunderwerbsteuer und die Zuwachssteuer (Gesetz- und Verordnungsblatt 1923 S. 129, 1925 S. 65) wird als § 4 eingeschaltet:

„Die Bestimmung in § 11 Absatz 2 erster Halbsatz des Steuererwerbgesetzes findet auf den Gemeindezuschlag keine Anwendung.“

Der bisherige § 4 wird § 5.

#### Artikel II.

Der Artikel II des Gesetzes über die Grunderwerbsteuer und die Zuwachssteuer vom 19. Juli 1923 (Gesetz- und Verordnungsblatt S. 229) in der Fassung des Artikels II des Gesetzes vom 1. April 1925 (Gesetz- und Verordnungsblatt S. 65) und des Artikels I des Gesetzes vom 19. Juli 1923 (Gesetz- und Verordnungsblatt S. 153) wird wie folgt geändert:

1. Absatz 1 erhält folgende Fassung:

„Die Gemeinden erheben eine Steuer vom Wertzuwachs bei der Veräußerung von Grundstücken innerhalb der Gemarkung, wenn der Veräußerer das Eigentum an den Grundstücken in der Zeit vom 1. Januar 1919 bis 31. Dezember 1924 erworben hat (Inflationsschutzsteuer). Sie sind berechtigt, im Weg der Gemeindefiskalisierung eine allgemeine Wertzuwachssteuer von Grundstücken einzuführen. Als örtliche Steuerordnung gilt eine mit Ermächtigung des Staatsministeriums von den Ministerien des Innern und der Finanzen zu erlassende Mustersteuerordnung. Die Mustersteuerordnung ist dem Landtag zur Kenntnis vorzulegen. Sie hat Bestimmungen über beide Arten der Zuwachssteuer zu treffen. Will eine örtliche Steuerordnung von der Mustersteuerordnung abweichen, so bedarf es einer Gemeindefiskalisierung und der Genehmigung der Ministerien des Innern und der Finanzen.“

2. Als Absatz 4 wird zugefügt:

„Die Bestimmung in § 11 Absatz 2 erster Halbsatz des Steuererwerbgesetzes findet auf die Zuwachssteuer keine Anwendung.“

#### Artikel III.

Die Artikel I und II Ziffer 2 des Gesetzes treten am Tage nach der Verkündung in Kraft. Im übrigen wird die Bestimmung des Zeitpunkts des Inkrafttretens des Gesetzes den Ministerien des Innern und der Finanzen übertragen.

In Gemeinden, die bisher bereits eine allgemeine Wertzuwachssteuer erhoben, gelten vom Inkrafttreten des Artikels II Ziffer 1 des Gesetzes an die entsprechenden Bestimmungen der Mustersteuerordnung, ohne daß es einer abermaligen Beschlußfassung bedarf. Die Befugnis, sich wiederum auf die Inflationsschutzsteuer zu beschränken, bleibt unberührt. In den Städten mit eigenem Grundbuchamt bleibt die geltende Steuerordnung bis auf weiteres in Kraft. Die Ministerien des Innern und der Finanzen können ihre Anpassung an die Mustersteuerordnung jederzeit verlangen.

An Stelle vor dem badischen Verwaltungsgerichtshof anhängiger Klagen gegen Entscheidungen der Finanzgerichte tritt das Rechtsbeschwerdeverfahren. In diesen Fällen findet § 267 der Reichsabgabenordnung keine Anwendung.

Die Ministerien des Innern und der Finanzen werden ermächtigt, den Wortlaut der gesetzlichen Bestimmungen über die Grunderwerbsteuer und die Zuwachssteuer in der vom Inkrafttreten dieses Gesetzes an geltenden Fassung im Gesetz- und Verordnungsblatt bekanntzumachen, Bestimmungen, die durch die Änderung der Reichs- und Landesgesetzgebung betroffen worden sind, zu streichen oder zu berichtigen und Verweisungen richtig zu stellen.

Dieses Gesetz wird hiermit im Namen des badischen Volkes verkündet.

Karlsruhe, den . . . . . 1931.

Das Staatsministerium.

### Personeller Teil

Ernennungen, Veretzungen, Zuruheetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

#### Ernannt:

Landrat Wilhelm Engler in Offenburg zum Oberregierungsrat und Mitglied des Verwaltungsrats der Gebäudeversicherungsanstalt in Karlsruhe.

## Deutsche Beamten - Krankenversicherung, V. a. G. Koblenz-Rhein

Familienkrankenkasse mit zur Zeit rund 300000 Versicherten

Freie Arztwahl / Behandlung als Privatpatient, also kein Krankenschein / Keine Nachschußpflicht / Beitragsrückgewähr

Keine jährliche Höchstgrenze und keine zeitliche Beschränkung für Krankenhilfe, Krankenhausbehandlung und Arzneimittel

Aufnahme mit Sterbegeld bis zum 60. Jahre, ohne Sterbegeld bis z. 70. Jahre

Drucksachen und Auskunft kostenlos von der

L. 11

Bezirksverwaltung für Baden in Mannheim, Rathaus

**EINTRACHT**  
Freitag 6. März, 20 Uhr  
expor. großer Erfolge wegen  
Zum letzten Male  
**Fred Marion**  
Der Hellscher  
Karten zu 2,50, 2,- und 1,50 (Saal num.) und 1,- (Galerie nicht num.) in der Buchhandlung Bielefeld am Marktplatz und bei  
Kurt Hoesfeldt  
Waldstraße 81

**Rheinische Hypothekbank, Mannheim**  
Unsere am 1. April 1931 fällig werdenden Zinscheine lösen wir wie folgt ein:  
aus unseren 5%igen Goldpfandbriefen der Reihe I  
Buchstabe A (0,125 g Gold, Zins mit 0,35 %)  
" B (0,25 " " " 0,70 "  
" C (0,50 " " " 1,40 "  
" D (1,25 " " " 3,50 "  
" E (2,50 " " " 7,- "  
Die Zinscheine aus unseren 7%igen und 8%igen Goldpfandbriefen und 8%igen Goldschuldverschreibungen werden mit den aufgedruckten Goldmarkbeträgen in Reichsmark (1 Goldmark = 1 Reichsmark) eingelöst.  
Mannheim, den 1. März 1931.

Lieferung und Aufstellung der drei Überbauten der neuen zweigleisigen Eisenbahnbrücken über die verlegte Kinzig bei Rehl, km 12,174 der Strecke Appenweier-Rehl wird vergeben. Stützweite je 46,40 m; 1035 t St. 37. Beichtigung der Brückenstelle unter Führung am 10. und 12. März, Morgens 11 Uhr. Treffpunkt Bahnhofsunterlagen und Zeichnungen können, soweit der Vorrat reicht, gegen postfreie Einsendung von 25 M von der Kanzlei des Brückenbüros der Reichsbahndirektion Karlsruhe, Lammstraße 19, Zimmer 29 bezogen oder dort eingesehen werden. Die Angebote müssen verschlossen und mit der Aufschrift „Angebot auf die zweigleisige Eisenbahnbrücke über die Kinzig bei Rehl“ bis zum Donnerstag, 19. März 1931, nachmittags 17 Uhr beim Brückenbüro der Reichsbahndirektion Karlsruhe

Wir werben für Sie!

**PORPHYRWERK DOSSENHEIM**

HANS VATER  
DOSSENHEIM, A. D. BERGSTR.  
LIEFERT AUS SCHLOSS- U. HECKENMARKBRUCH ERSTKLASSIGES

**STRASSENBAU-MATERIAL**



### Badisches Landestheater

Donnerstag, 5. März 1931

Sondermiete „Reittheater“ (4. Vorstellung der Abteilung II, rote Karten)

#### Weyer XI

Schauspiel von Wellenkamp

Regie: Baumbach

Mitwirkende:

Vertram, Frauendorfer, Genter, Röhoff, Rademacher, Schreiner, Hebeisen, Brand, Dahlen, Graf, Herz,

Kloebke, O. Kienjcher, Rehner, Müller, Brüder, Schulte, v. d. Eren! Anjang 20 Ende 22 1/4

Fr. 6. 3. Die Faubertstraße. Sa. 7. 3. Sturm im Wasserglas. So. 8. 3. Der Rosenkavalier. Im Konzerthaus: Das Kontor X.

N. 489. Karlsruhe. Durch Ausschlußurteil des Amtsgerichts Karlsruhe vom 24. Februar 1931 wurde für straflos erklärt der Brief über die im Grundbuch zu Planenloch Band 21 Heft 9 Abt. III Nr. 4 und 5 auf Gb. Nr. 1719, 1720, 4407, 4689, 4700, 3792, 3793, 2157, 721, 3794, 5904 und 135 zugunsten der Rheinischen Hypothekbank in Mann-

heim und zu Lasten des Landwirts Johann Adam Pfattheider in Planenloch am 3. Juni 1924 eingetragene Hypothek im Betrage von 180 Gramm Feingold. Karlsruhe, 24. Febr. 1931. Bad. Amtsgericht B. I.

Karlsruhe. U. 487 Güterrechtsregistereinträge. 1. Zu Band II Seite 55: Schmidt Eugen, Kaufmann, Karlsruhe und Elisabeth geb. Buscher. Vertrag vom 12. Februar 1931. Gütertrennung. 23. II. 31.

2. Seite 56: Wolf Adolf, Kraftwagenführer, Karlsruhe-Beierheim und Paulina Emilie geb. Raffäer. Vertrag vom 12. Dez. 1930. Gütertrennung. 27. II. 31. Amtsgericht Karlsruhe.

## Öffentliche Verbandssparkasse Durbach

Bilanz auf 31. Dezember 1930

Vermögen	RM	Verbindlichkeiten	RM
Kassenbestand	7 419,94	Spareinlagen	412 782,47
Kommunale Landesbanken	21 567,37	Giroeinlagen	17 263,10
Reichsbank und Postsparkass.		Aufwertungsparzeleinlagen	161 816,85
amt.	4 968,53	Anlehenskapitalien:	
Privateinlagen	3 858,86	a) Landw. Kredite	262 447,40
Wechsel	3 688,45	b) Überg. b. d. Girozentrl.	5 508,20
Hypothekendarlehen:		Rücklagen von früheren Jahren	14 507,69
a) Eigene	183 116,11	Geschäftsgewinn 1930	5 448,04
b) Sondereidmitteln	262 447,40		
Gemeindepfandbriefe	27 920,-		
Einlage beim Spargüterverb.	10 100,-		
Schuldverschuldungen	171 008,50		
Einnahmerückstände	27 809,40		
Inventar	1,-		
Aufwertungsfordernungen	30 376,-		
Aufwertungsabrechnungsfonto	125 502,19		
(Forberg. a. d. Verb. Gem.)			
	879 263,75		879 263,75

#### Berechnung der Rücklagen:

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:  
8% aus 430 035,57 RM Einlagen . . . . . 34 402,90 RM  
Sie beträgt auf Jahresfuß 1930 . . . . . 19 955,73 RM  
somit zu wenig . . . . . 14 447,17 RM

Durbach, den 20. Februar 1931.

N. 322

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats:

Der Geschäftsleiter:

Wörner, Bürgermeister.

Lang.